

Empörung über FPÖ-Pläne: Kirchenbeiträge in Gefahr!

Kathpress berichtet über die Empörung der katholischen Kirche über FPÖ-Pläne zur Aufhebung von Kirchenbeitragsabsetzbarkeit und Grundsteuerbefreiung.

Wien, Österreich - In einem aufsehenerregenden Schritt haben die Freiheitlichen (FPÖ) im Rahmen der Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP angekündigt, die steuerliche Absetzbarkeit von Kirchenbeiträgen und Spenden an gemeinnützige Vereine aufzuheben. Vertreter der katholischen Kirche zeigen sich darüber empört. Peter Schipka, Generalsekretär der Bischofskonferenz, bezeichnete die Pläne als „völlig untaugliches Mittel“ zur Budgetkonsolidierung. Laut FPÖ könnte diese Maßnahme die Staatskasse mit 55 Millionen Euro bei den Spenden und weiteren 60 Millionen Euro durch die Streichung der Grundsteuerbefreiung für Kirchen und Religionsgemeinschaften entlasten. Schipka hingegen betont, dass eine solche Streichung den Staat letztlich mehr belasten würde, da die Dienste dieser Organisationen für die Gesellschaft von enormer Bedeutung sind, wie **Kathpress** berichtet.

Die Generaldirektorin der Caritas, Anna Parr, sieht in den FPÖ-Forderungen einen „massiven Angriff“ auf den gesamten gemeinnützigen Sektor, der die Finanzierung zahlreicher Hilfsorganisationen bedroht. Insbesondere die Caritas würde durch die Beendigung der Absetzbarkeit von Spenden und den Kirchenbeiträgen in Schwierigkeiten geraten, da viele ihrer Projektmittel auf diesen Beiträgen basieren. Éhnschließend äußert auch die Generalsekretärin der Österreichischen Ordenskonferenz, dass die Abschaffung der

Grundsteuerbefreiung für rund 830 Klöster und Ordensgemeinschaften erheblich schädlich wäre, da diese nicht nur soziale, sondern auch kulturelle Aufgaben erfüllen. Trotz der FPÖ-Unterstützung der früheren Gemeinnützigkeitsreform, die zur Stärkung ehrenamtlicher Tätigkeiten gedacht war, könnte dies nun auf den Prüfstand gestellt werden. Die Grundsteuerbefreiung gilt für Einrichtungen, die dem Gemeinwohl dienen, darunter Kirchen, Friedhöfe und vieles mehr, wie **dasfinanzen.de** erklärt.

Einige Organisationen rufen bereits dazu auf, die steuerlichen Vorteile für gemeinnützige Tätigkeiten beizubehalten, um die unverzichtbare Arbeit, die in Österreich geleistet wird, nicht zu gefährden. Die geplanten Änderungen könnten nicht nur die Kirchen und deren Projekte stark beeinträchtigen, sondern auch die gesamte Struktur der sozialen Infrastruktur in Frage stellen. Besonders in einer Zeit, in der die Unterstützung von gemeinnützigen Organisationen wichtiger denn je ist, erscheint der Vorstoß der FPÖ mehr als fragwürdig.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Schaden in €	115000000
Quellen	• www.kathpress.at • dasfinanzen.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at